

Merseburger Tageblatt

Kreisblatt

Anzeigenpreis ist die einzige Monatsheft oder deren Raum 10 Pf., für Christ- u. kleine Anzeigen, Sonntags und Feiertage 20 Pf. Die Lieferung für die Auslandskorrespondenten ist extra zu berechnen. Anzeigen für die russischen Anstalten sind separat zu berechnen. — Druckerei: Druckerei des Verlegers, Merseburg, — Druckerei: Druckerei des Verlegers, Merseburg, — Druckerei: Druckerei des Verlegers, Merseburg.

Beitrag für Stadt u.



Kreis Merseburg

Ämtliches Anzeigebblatt der Merseburger Kreisverwaltung und vieler anderer Behörden.

Nr. 28.

Sonnabend, den 2. Februar 1918.

158. Jahrgang.

Amstliche Anzeigen.

Seite 4 betr.

1. Reichsbeauftragtervertreter.

Tageschronik

Militärische Maßnahmen gegen die Streikenden in Berlin und Leipzig.

Englisch-Amerikanische Hände zwischen den deutschen Streiks.

Troch ist für einen Vergleichsrieden?

Nadostawow sieht in Brest nach dem Rechten.

Die russische Flotte bei Wiborg vernichtet?

Englische Riesenverluste.

Bewaffneter Aufbruch in Neapel.

2 englische U-Boote in den Dardanellen vernichtet.

Derrat am Vaterlande.

Ein schändliches Zusammenpiel vollzieht sich vor unseren Augen und unter den Augen der Reichsregierung. Herr Troch ironisiert ganz frech und offen die Vertreter der Mittelstände und erklärt in aller Deutlichkeit, er rede in litauisch-Preußisch zum Fenster hinaus und rüde im übrigen die Verhandlungen nach jeder Revolutionierung der deutschen Arbeiterzeitung gewinnen, die Herr Troch — offenbar auf Grund eigener Zusammenhänge mit der deutschen Sozialdemokratie — für dumme genug hält, um das deutsche Volk und damit sich selbst um jeden Erfolg des furchtbaren Verteidigungskampfes gegen die Rangkasselle des Völkerverbandes zu bringen.

Dass das keine großartigen, leeren Redensarten sind und daß die deutsche Sozialdemokratie, ganz besonders natürlich die Unabhängigen, deraufgelegten Zusagen an die russischen Genossen gemacht hat, beweist der Umstand, daß sie sie zu erfüllen offenbar bemüht ist. Seit Neujahr verbreitet die sozialdemokratische Presse sowohl wie die Abgeordneten dieser Partei und beide in Redaktionen in Reichstag und Hauptversammlung sowohl wie in Versammlungen unabhingig sogenannte Meinungen, die nichts weiter sind als verpönte Drohungen. Als in Oesterreich-Ungarn jüngst die Streiks ausbrachen, erklärte man hier unverzüglich vollste Solidarität mit den dortigen Genossen und ihren Forderungen, und der „Vorwärts“ bemerkte zynisch, bei uns lägen die Verhältnisse genau so wie in Oesterreich, im Hinblick auf die sozialdemokratischen Forderungen zu fügen — „ionk...! Das war eine nicht mißzuverstehende Aufforderung an die Arbeiterklasse, solchen Drohungen durch Taten oder tätliche Demonstrationen Nachdruck zu verleihen, und diese Aufforderung wurde durch die Verteilung des schon erwähnten, von allen Mitgliedern der unabhängigen sozialdemokratischen Reichstagsfraktion mit Namen unterzeichneten Flugblattes dieser Tage noch ausdrücklich wiederholt und unterstrichen.

Der Zusammenhang dieser Wählerlei mit den russischen, also feindlichen Volkswesen — denn die sogenannten Friedensverhandlungen sollen ja erst das Hindernis des Kriegs in den Friedenszustand herbeiführen, sind oder nach offenem Eingeländnis Troch's nicht einmal russischerseits ernst gemeint — dürfte unüberwundbar sein. Und wenn dieser Nachweis eines periodischen Verkehrs zwischen Petersburg und Berlin auf dem Umwege über Neutralitäten wirklich nicht lächerlich gelingen sollte, alle feindlichen Tatsachen bestätigen ihn vor aller Augen. Damit aber, nämlich mit dem offenkundigen Färdern feindlicher Abhingen und Unterliegen im eigenen schwer bedrohten Vaterlande, ist zweifellos das Moment des Schwereverrats gegeben. In keinem anderen Lande könnte dies unter den Augen der Völkerverbands und ungehindert geschehen. Sogar die Verfassung und Stellung von ein Kriegesart wäre in England und Frankreich, und nur gar erst in Amerika die selbstverständliche Folge. Man darf begierig sein, in welcher Weise die deutsche Reichsregierung die Staatsautorität solchen Schwereverratern gegenüber zu wahren gedenkt. Es ist wahrlich keine Zeit zu verlieren!

Wenn alle Anstrengungen der Genossen bislang einen ziemlich kläglichen Wihertzolg aufwiesen, so ist zwar damit erwiesen, daß der gesunde Verstand der großen Mehrzahl der Arbeiter ihnen selbst sagt, wie färdlich, ja wie verberderlich das Verhalten der Streikenden ist, die den kämpfenden Brüdern menschlungen und selge in den Rücken fallen und ihnen die Kampfmittel schmälern, die sie zur wirksamen Abwehr der noch immer vor Raubgier und Werdulst schwebenden Feinde im Westen allein befähigen. Der deutsche Arbeiter gleicht eben Gottlob in seiner Gesamtheit nicht dem russischen, der dem lieben Vieh gleich in Glend und Mistfisch dahin vegetiert, weder lesen noch schreiben kann und blindlings dem Befehl derer folgt, die ihn durch Verpöndungen zu färdern und durch Färdnung seiner Raubinsinne gelegentlich zu lämpfen weiß.

Den fortschrittlichen Helfershelfern der Sozialdemokraten beginnt denn auch allmählich schweiß zu werden. Die „Freiwillige Zeitung“ schreibt: „Die Fortschrittliche Volkspartei ist während des Krieges wiederholt in der Lage gewesen, mit der alten Sozialdemokratie zusammenzugehen. Mit der neuen Wendung der Sozialdemokratie will sie nichts gemein haben. Sie weist jede Verbindung mit solchen Kreisen zurück und überläßt der Sozialdemokratie die volle Verantwortung für alle Folgen, die sich aus dem Streik ergeben können.“

Das ist jetzt recht bequem. Man wird sich dieser Erkenntnis indes immerhin freuen dürfen, wenigstens um den Vorbehalt nicht herumzukommen ist, daß die weitgehende Unterfärdigung, die der Fortschritt in Gemeinschaft mit dem Erzbergerischen Zentrum dem Sozialismus gegenüber der Regierung und der Reichstagsminderheit hat zuteil werden lassen, die Verhältnisse so zuzuputzen wesentlich mitgeholfen hat. Aus dem Zentrum klingt zwar auch die Verurteilung des Streiks und seiner Urheber heraus, aber von einer klaren Abgabe und einem unabweidenden Wärdern von der Sozialdemokratie ist bis jetzt nichts zu spüren.

Das Eine ist unzweifelhaft: Am dem jetzt verjuchten klaren Verbrechen des Schwereverrats seitens der gesamten Sozialdemokratie müssen sich die Geister scheiden. Die Oberste Seeresleitung wird klar erkennen, was für den Ausgang des Krieges und damit für das Schicksal des deutschen Volkes von der Möglichkeit einer Wiederholung oder Ausbreitung der jetzt — nicht zum ersten Male — auftauchenden hochverräterischen Verjuche abhängt. Es gilt wirksam und bauernd vorzugehen. Aber nicht etwa dadurch, daß man diesen Elementen, deren politische Unreife und gefährliche Machtgelüste neuerdings klar erwiesen ist, nun auch die Volkswertretung des größten deutschen Bundesstaates, Preußens, hemmungslos ausliest. Das hohe in Wahrheit den Tausel durch Vögelgebud austreiben. Im Kampf um die Macht nach außen wie nach innen kann nur der sich behaupten, der die Macht, die er besitzt, auch zu gebrauchen gelernt ist und versteht, der klare Rechte nicht schon um deswillen kampflös aufgibt, weil ein anderer sie mit Geldkrei für sich beansprucht, ohne deshalb größere Leistungen als bisher auf sich zu nehmen.

Dom Krieg und Frieden. Die Friedensverhandlungen.

Troch für einen Vergleichsrieden?

Die „Nöln. Zg.“ melbet: Nach einer Nachricht des „Amersehb. Handelsbl.“ segie Troch auf dem Kongreß der Sowjets am Montag:

Es sei keine Hoffnung mehr auf einen anexionsslosen Frieden. Nur noch ein Vergleichsriede sei möglich. Weiterwora würde Rußland nicht mehr tadeln, wenn dieses jetzt zu einem Sonderfrieden gezwungen sei.

Der Kongreß gab den russischen Delegierten freie Hand für Brest-Litowsk.

Nadostawow in Brest-Litowsk.

Sofia, 31. Januar. (Bulg. Tel.-Ag.) Ministerpräsident Nadostawow ist gestern nach Brest-Litowsk abgereist, um in seiner Eigenschaft als Führer der bulgarischen Abordnung an den Friedensverhandlungen teilzunehmen.

Aus dem Osten

Troch an den persischen Gesandten.

Petersburg, 30. Januar. (F. Z.) Troch richtete an den persischen Gesandten in Petersburg folgendes

Schreiben: „Bürger Gesandter! Sympatisch der im persischen Volke bestehenden Ungewißheit über das künftige Schicksal des englisch-russischen Abkommens vom Jahre 1907 habe ich die Ehre, namens der Regierung der Räte der russischen Republik das folgende zur Kenntnis zu bringen:

In völliger Übereinstimmung mit den Grundfragen internationaler Politik, wie sie am 26. Januar 1917 von der zweiten Versammlung der Räte Allrusslands gebilligt wurden, erklärt der Rat der Volksbeauftragten das englisch-russische Abkommen vom 1907 als gegen die Freiheit und Unabhängigkeit des persischen Volkes gerichtet und für immer unglücklich. Ebenfalls werden außer Kraft gesetzt und für null und nichtig erklärt alle Verträge, die vor oder nach dem Abkommen abgeschlossen sind, in irgend einer Hinsicht das persische Volk in seiner Freiheit und Unabhängigkeit einzuschränken oder zu verengern. Die Regierung der Räte trifft alle Maßnahmen, um Persien von den früheren Agenten des Imperialismus und der imperialistischen Bourgeoisie zu säubern, die in gleicher Weise Feinde des persischen und des russischen Volkes sind. Jeder russische Bürger, der ungleichlicher, roher Handlungsweise gegenüber persischen Bürgern angeklagt wird, wird mit der ganzen Strenge der revolutionären Gerechtigkeit bestraft werden.

Die Engländer in Archangelsk und Petersburg. Archangelsk, 30. Januar. Archangelsk ist immer noch in englischer Hand, unter dem Oberbefehl eines englischen Vizeadmirals, der einem ausschließlich von Engländern bewohnten Teile vorsteht. Im Marineministerium in St. Petersburg bearbeiten drei englische Seeoffiziere die Angelegenheiten des Weißen Meeres.

Das ist ungemein charakteristisch für die „Unabhingigkeit“ der maximalistischen Regierung. Sie ignoriert weit gegen die internationale imperialistische Bourgeoisie, gewahrt aber der englischen noch wie vor bereitwillig Unterstützung und Einfluß in Rußland!

Das ist ungemein charakteristisch für die „Unabhingigkeit“ der maximalistischen Regierung. Sie ignoriert weit gegen die internationale imperialistische Bourgeoisie, gewahrt aber der englischen noch wie vor bereitwillig Unterstützung und Einfluß in Rußland!

Das ist ungemein charakteristisch für die „Unabhingigkeit“ der maximalistischen Regierung. Sie ignoriert weit gegen die internationale imperialistische Bourgeoisie, gewahrt aber der englischen noch wie vor bereitwillig Unterstützung und Einfluß in Rußland!

Luft in ukrainischen Händen?

Die „N. Fr. W.“ melbet: Ein dreitägiger Kampf zwischen russischen Maximalisten und Ukrainern um den Besitz von Luftende mit der Niederlage der Maximalisten. Ukrainische Soldaten der Kiower Zentralarmee bemächtigten sich der Stadt Luft. Der Kampf war erbittert und brachte beiden Teilen schwere Verluste. Während des Kampfes wirkten ukrainische Flugzeuge mit Erfolg mit.

Anföndung des Bauernkongresses.

Wesel, 31. Januar. Die maximalistische Regierung erteilte dem Befehl, den Bauernkongreß auszulösen. Die Bauern leisteten zwei Stunden Widerstand, mußten aber schließlich der Gewalt weichen und wurden verhaftet.

Reise Kamenews nach Paris und London?

Kopenhagen, 30. Januar. Die F. Z. M. melbet vom Montag: Das Mitglied der West-Flottawer Friedensabordnung Kamenew reist in seiner Eigenschaft als außerordentlicher Vertreter des Rats der Volkskommissare über über Stockholm nach Paris und London mit der Aufgabe, die Regierungen der alliierten Länder über den Gang der Verhandlungen zu berichten. Seine Abreise wurde durch den finnischen Eisenbahnstreik verzögert.

Auch das ist ein Zeichen für den fortwährenden Einfluß der Entente auf die Petersburger Machthaber, die sich der anglo-amerikanischen Gelbquelle förmlich zu verschließen scheinen wie Sereuski und Konjorin.

Die Entwicklung in Finland.

Kampf schwedischer Vorhut mit finnischer roter Garde?? Jürich, 31. Januar. Schweizer Blätter melben aus Petersburg: Während die rote Garde noch in den Straßen von Wiborg kämpfte, kam die Nachricht, daß die finnischen Schweden die Hilfe Schwedens anfragen haben. In Petersburg wird mitgeteilt, daß bereits schwedische Truppen in Tornea antomen und daß die finnische rote Garde den Kampf mit der schwedischen Vorhut aufgenommen hat. Die Nachricht muß in dieser Form einseitigen stark angezweifelt werden.

Die Wirksamkeit Graf Mannerheims.

Stockholm, 31. Januar. „Aftonbl.“ erzählt, aus Haaparanda, daß der finnische General Graf Mannerheim am feindlichen Marich durch Schutzgarabitten und Bauern große Verlustungen erhalten habe, jedoch sein Heer von 15 000 auf 50 000 Mann angewachsen ist. Er beachtliche nun, Finland von den russischen Plagierern zu befreien, und soll sich auf dem Meer nach Wiborg befinden.

Beilage zu Nr. 28 des Merseburger Tageblattes

Kreisblatt

Sonntag, den 2. Februar 1918.

Die PreSSIONSstreiks.

Die Streikbewegung in Berlin hat bis gestern keine Abnahme gezeigt, vielmehr scheint dort, wo ja die heimliche Verhinderung durch Agenten und Handjettel in besonderer Maße blüht, ja ihr Hauptquartier bei den unabhängigen Sozialdemokraten und den zu ihr haltenden Gewerkschaften hat, gegen Montag eher zugenommen zu haben. Es wird berichtet, daß in Berlin etwa ein Viertel aller Arbeiter im Streik ist.

Infolge des Verbots von Versammlungen durch das Generalkommando, das auch den Arbeiterrat, den gestern erwähnten Ausschuss der Streikenden, auflöste und die Versammlungsräume des Gewerkschaftshauses sperrte, suchten größere Menschenmengen Versammlungen im Freien zu veranstalten. So z. B. im Treptower Park, wo sie aber durch geschickte und energische Polizeimaßnahmen zerstreut wurde. Am Donnerstag morgen sammelte sich in Charlottenburg eine größere Menschenmenge, die durch Schulkolonne auseinandergetrieben wurde. Dabei wurden Schüsse gewechselt, die einen Wachmeister leider tödlich verletzten. Der Wöbelhauken zog in östlicher Richtung nach Wöbbitz, wo es dort dem geschilderten Eingreifen der Polizei gelang, die Ansammlung zu zerstreuen. Ein Schutzmann wurde dort von hinten angegriffen und durch zwei Schüsse nicht erheblich verletzt. Außer dem getöteten Wachmeister wurde noch ein weiterer, der aber seinen Dienst weiter versah, und drei weitere Schutzeleute verwundet, die sich krank gemeldet haben. Von den Streikenden sind im ganzen sechs verletzt worden. Mehrere Straßenbahnwagen wurden umgeworfen. Seit heute früh sind 30 Männer, 9 Frauen und 3 Jugendliche festgenommen worden. Auch in Spandau sollen ähnliche Ausschreitungen stattgefunden haben.

Der Oberbefehlshaber in den Marken hat sich deshalb zu energischem Eingreifen entschlossen.

Außerordentliche Kriegsgerichte für Berlin und Umgebung.

Berlin, 31. Januar. Auf Grund des Gesetzes über den Belagerungszustand bestimmt Generaloberst von Kessel:

1. Für das Gebiet der Städte Berlin, Charlottenburg, Berlin-Schöneberg, Berlin-Wilmersdorf, Reinickendorf, Berlin-Lichtenberg, Spandau und der Landkreis Teltow und Niederbarnim habe ich den Artikel 7 der preussischen Verfassungsurkunde hiermit auf:
2. Für die genannten Gebiete habe ich hierdurch außerordentliche Kriegsgerichte ein (§ 104. des Gesetzes über den Belagerungszustand vom 4. Juni 1851).
3. Die außerordentlichen Kriegsgerichte beginnen ihre Tätigkeit am 2. Februar 1918.

Der aufgehobene Artikel 7 der preussischen Verfassungsurkunde bestimmt: Niemand darf einem ordentlichen Richter entzogen werden. Außerordentliche und außerordentliche Kommissionen sind unzulässig. Er kann nach Artikel 111 der Verfassungsurkunde für den Fall eines Krieges oder Aufruhrs bei dringender Gefahr für die öffentliche Sicherheit zeit- und billigtweise außer Kraft gesetzt werden. Die durch den Erlass des Oberbefehlshabers in den Marken eingeleiteten Kriegsgerichte haben abzuurteilen über Aufruhr, Hoch- und Landesverrat, Abänderung von Siegeln, die von Offizieren und Zivilbedienten zu machen. Das Verfahren ist sehr summarisch. Gegen ihr Urteil gibt es keine Berufung. Alle Strafen werden binnen 24 Stunden nach Verkündung des Erkenntnisses vollzogen.

Warnung an die Bevölkerung.

Berlin, 31. Januar. Der Oberbefehlshaber in den Marken, Generaloberst v. Kessel, macht weiter folgendes bekannt: Nachdem ich nunmehr den verhängenen Belagerungszustand eingeführt habe, will ich die Bevölkerung nicht im Zweifel darüber lassen, daß ich jeden Versuch, die Ruhe und Ordnung zu stören, mit allen mir zu Gebote stehenden Mitteln unterdrücken werde. Ich warne daher jeden ordentlichen Bürger, sich irgendwo an irgend öffentlichen Zusammenkünften zu beteiligen. Sondern ganz ruhig seinen Pflichten nachzugehen und alle Hilfe zu leisten. Bei dem Gebrauch der Waffe läßt sich ein Unterschied zwischen Aufrührern und Unbeteiligten nicht machen.

Das ist endlich diejenige Sprache, die den verbrecherischen Streichen gegenüber, die sich gegen das Vaterland der hinterhältigen Hebertracht derartig Streikanschreitungen schuldig machen, allein anzuwenden ist. Es muß weiter erwartet werden, daß alle heftigsten demagogischen Reden, ihre Helfer und Verbreiter rückstandslos unterdrückt und nach Nummer Seiner Gebrach werden nach dem Motto: Und greiffst du in ein Weizenfeld, so greiffst du es!

Keine Streikgeber in die Streifen.

Berlin, 31. Januar. Viele Streikende glauben, daß heute Streikgeber ausgehakt würden. Wie aber der „V. A.“ von maßgebender gewerkschaftlicher Seite erklärt, werden Streikgeber überhaupt nicht ausgehakt, da der Streik mit der gewerkschaftlichen Bewegung nichts zu tun hat. Eine Einheitsliste des Streiks sollte heute gänzlich. Nach einer weiteren „V. A.“-Mitteilung arbeiteten die Arbeiter der Pulverfabrik in Spandau insamt. Außer in Hamburg, Altona, Wandsbek und Berlin scheinen die Generalkommandos nur noch in Leipzig militärische Maßnahmen für nötig gehalten zu haben. Dort fand der Streik noch geringeren Anklang. Nur die Flugzeugfabrik Leipzig-Lindenthal ist wegen Streiks unter militärische Leitung gestellt und die militärischen Arbeiter sind sofort eingezogen worden. Es handelt sich nur um etwa 1000 Arbeiter.

Keine Militarisierung der Betriebe im Bereich des 4. Armee-Korps. Magdeburg, 31. Januar. Nachdem die Arbeitervertreter am gestrigen Abend dem Stellvertretenden Generalkommando ihre Wünsche zum Ausdruck gebracht und die volle Aufnahme der Arbeit für Freitag, den 1. Februar, zugesagt haben, wird die in Aussicht gestellte

Militarisierung der Betriebe vorläufig nicht vorgenommen.

Die Bewegung im Reich.

Der Demonstrationsstreik in Halle a. S., der nur geringen Umfang gewonnen hatte, kann als beendet angesehen werden. Die Höchstzahl der Streiker soll hier nur 1300 betragen haben.

In Kassel sollen schließlich doch noch 12 000 Arbeiter in einen Auszubestreit eingetreten sein, die indes am heutigen Freitag durchweg die Arbeit wieder aufnehmen wollten. In die Zahl der Auszubestreitenden vermindert gering. Die Kruppwerke sind in voller Tätigkeit. In Jena findet man nach dem Ausbruch eines Streiks im Holzwerk. In München ist am Dienstag die Hälfte der Bayerischen Geschäftsbank (Krupp) Arbeiter in den Auszubestreit getreten (etwa 1000 Mann). Dieselben haben eine blühende Entschlossenheit an die Petersburger Bolschewiken gesetzt mit dem Motto: Proletarier aller Länder vereinigt euch!

Feindeshände hinter den Kulissen!

Am Neujahrstage ist sicherlich Vernehmen nach in Washington ein Propaganda-Komitee zusammengetreten, das sich die Aufgabe gestellt hat, in den Staaten der Mittelmächte, insbesondere in Deutschland die Stimmung in revolutionärem Sinne zu beeinflussen. Deutschsprachige Neutrale, die zu diesem Zwecke besonders geeignet erscheinen, sollten angeworben werden, um im Sinne des Komitees tätig zu sein. Diese Persönlichkeiten, Männer und Frauen, werden mit einwandfreien Staatspapieren und reichen Geldmitteln versehen, nach Deutschland geschickt, um in den deutschen Auszubestreitenden Arbeit zu nehmen und dann in diese umfängliche Propaganda hineinzutragen. Weiterhin ist die Errichtung von Filialen in neutralen Städten, in Kopenhagen, Christiania, Bern und im Haag beabsichtigt. Von dort aus sollen auch Druckschriften und anderes Propagandamaterial über die deutschen Grenzen und in die Länder der Verbündeten eingeschmuggelt werden. Die Kosten der Propaganda trägt Amerika; einzuweisen sind 150-200 Millionen Mark bereitgestellt. Mitglieder des Komitees sind u. a. der bekannte Senator Stone, Northcliffe, Reading und mehrere Redakteure deutsch-feindlicher Blätter.

Das — freilich nur sehr bescheidene — Gelingen dieses feindlichen Antriebes wüßte natürlich in England-Amerika fanatischen Jubel.

Die „Röln. Zig.“ meldet aus Amsterdam: Wie unsere englischen Feinde die Auszubestreitbewegung in Deutschland beurteilen, ergibt sich aus folgender Neuherung des „Manchester Guardian“: Die Auszubestreitbewegung in Deutschland ist ebenso wie die in Österreich-Ungarn politische Auszubestreitbewegung und eine Antwort auf den Aufruf der Bolschewiken. Es ist die erste Auszubestreitbewegung des Willens der deutschen Volksmassen nach einem demokratischen Frieden und eine Bewegung des Militarismus. Man muß mehr als 50 Jahre in der Geschichte Deutschlands zurückgehen, um etwas derartiges anzutreffen. Die Bedeutung der gegenwärtigen Geschehnisse kann nicht verkannt werden. Wir hoffen, sie wird auch bei uns nicht verkannt werden.

Der Kanzler lehnt ab.

Erzkanzler Weisbach hat auch der Reichsanwalter es abgelehnt, mit Abgeordneten der Streikenden zu verhandeln. Mit Hochverrätern (zu denen wir freilich auch die sozialdemokratischen Abgeordneten zählen) verhandelt man nicht. Man zeigt ihnen höchstens die Spitze der Bajonnette. Aus Anlaß des Streiks sollen indes eingehende Beratungen im Kanzlerpalast abgehalten worden sein.

Freiwillige Freiwilligen.

Ein führender Mitglied der christlichen Arbeiterbewegung jagt in einer Zuschrift an die „Germania“: Die Berliner Industrie war ohnehin wegen Kohlenmangels zu einem erheblichen Teil zum Stillstand gekommen. Nach dem im Reichswirtschaftsrat getroffenen Vereinbarungen zwischen den Zentralstellen der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände sollen für die Freiwilligen 70 Prozent des Lohnes als Entschädigung gezahlt werden, und zwar sollen die Unternehmer ohne weiteres fünf Schichten aus eigenen Mitteln betreiben. Die letzte Schicht sollen die Arbeiter tragen, und falls noch länger geheizt wird, soll das Reich fünf Schichten und die Arbeitgeberverbände zwei Schichten der Kosten tragen.

Durch den Berliner Streik wird die Kohlenknappheit in kurzer Zeit behoben sein mit dem Erfolge, daß die Berliner Zentralstellen rund 10 Millionen Mark erparieren, die sie sonst hätten ausgeben müssen für Entschädigungen an die Arbeiter für Kohlenlieferungen. Der Streik ist also buchstäblich ein Streik zum Schaden der Arbeiter und zum Vorteil der Unternehmer.

Das wäre ein grimmiger Humor von der ganzen Sache!

Politische Rundschau

Ausland

Die ungarische Opposition bleibt feistmüdig.

Im Budapestter Abgeordnetenhaus entwickelte am Donnerstag Ministerpräsident Wékerle sein neues Programm, dessen Hauptpunkte die Wahlreform und die Heeresreform bilden. Graf Tisza erwiderte namens der Opposition ausgesprochen höflich, nur wenn man zu einem annehmbaren Kompromiß wegen der Wahlreform komme, ließe sich auf eine Verständigung mit der Opposition rechnen. Wékerle lehnte jedes weitere Zugeständnis ab. Damit dürften Neuwahlen oder ein abermaliger Kabinettswechsel als einzige Möglichkeiten verbleiben.

Aus Stadt und Umgebung

Wißbrauch der Feindspäh.

Das Kriegsministerium weist darauf hin, daß die Gebührensgegenstände im Feldpostverkehr nur in Privatangelegenheiten der Vereesangehörigen selbst gewährt werden, nicht aber, wenn weder Abnehmer noch Empfänger Vereesangehörige sind. Es ist daher auch unzulässig, daß Militärpersonen um... von ihren Angehörigen ausgehende Sendungen mit Vermerk „Feldpostbrief“ versehen, auch dann, wenn der Feldpostbrief nur an den Abnehmer selbst zugestellt, daß Vereesangehörige auf den von ihnen selbst ausgehenden Sendungen an Nicht-Vereesangehörige durch andere Personen, die auf Postvermittlung keinen Anspruch haben, handschriftliche Briefe oder persönliche Mitteilungen hinzufügen lassen. Verstöße gegen die bestehenden Bestimmungen werden wegen Verstoßes gegen die Kriegsverordnung strafrechtlich verfolgt.

Erweiterung der Vereesangehörigenliste.

Nach dem Gesetz erhielt sich die Vereesangehörigenliste auf ein Einkommen bis zu 5000 Mk. Bei der gegenwärtigen Teuerung sind nun Angehörige, die über die „Röln. Zig.“, mit einem über dieser Grenze liegenden Gehalt immer noch wirtschaftlich schlechter gestellt als in der Friedenszeit mit einem Einkommen von weniger als 5000 Mk. Die Angehörigen müßten daher teilweise eine Erhöhung der Vereesangehörigenliste bis auf 8000 Mk. teilweise wird überhaupt die Aufhebung der Einkommensgrenze bestritten. Bisher haben Vertreter der Arbeitgeber sich zu der Frage noch nicht geäußert. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird die Frage in der nächsten Reichstagsansatzung erörtert werden.

„Sprechzettel“!

Daß wir auf der Straße und in der Eisenbahn, in Gastwirtschaften und auf der Straßenbahn vor Sitzen auf der Hut und darum in Gesprächen vorsichtig sein müssen, ist uns in 3½ Kriegsjahren geläufig geworden. Zahlreiche Belästigungen und Warnungen haben hierfür gezeigt. Leidensreiches Ausplaudern militärischer Angelegenheiten ist in der Öffentlichkeit immerhin seltener geworden. Viel geläufiger wird dagegen immer noch am Fernsprecher, wo der Teilnehmer sich unbedacht äußert. Sehr mit Unrecht. Durch Drahtberührungen wird manch Unberufenem zum Zeugen militärischer oder militärisch-wirtschaftlicher Geheimnisse; gedankenlos erzählt er das Erläuterte weiter, und schnell genug ist der feindliche Nachrichten dienst um eine Mitteilung bereichert.

Auch hier kann uns unser Herz als Vorbild dienen. Durch das Vernehmen unserer Fernsprechnetzleitungen gehen täglich viele heimlich unzulässige Meldungen und Besuche von Aufklärer militärischer Wichtigkeit. Jeder, der drahtlos den Fernsprecher benutzt, muß sich bis zum bedenklichen Fernsprechnetz rechnen in jedem Augenblick damit, daß sich irgendwo ein Spion eingeschaltet haben kann, und weiß sich zu geistlich und vorsichtig auszudrücken, daß seine Worte dem unbefehrten Ohr nichts Wertvolles verraten. Ganz besondere Vorsicht ist in den Leistungen vorbestimmter Linie nötig. Hier ist es dem Feinde durch besondere Apparate möglich, unsere Gespräche unter gewissen Bedingungen mitzuhören. Die Kunst, am Fernsprecher nichts Unbedeutendes zu sagen, wird zu wichtig genommen, daß ein neues Kriegswort dafür geprägt worden ist. Dies Wort sollte auch für uns Heimatkrieger Geltung haben; es heißt: „Sprechzettel!“

Ausprobieren Rezept.

Kartoffelmehl aus Kartoffelschalen. Die Kartoffeln werden vor dem Schälen feinst sauber gewaschen. Die Schalen werden durch ein Siebmaschne getrieben. Diese Siebmaschne wird in ein Sieb getan, das in eine Schüssel gefüllt wird. Nun wird die Masse mit Wasser flechtig überfüllt. Dieser Aufguss bleibt ungefähr eine Stunde stehen, worauf man das bräunliche Wasser vorsichtig abläßt, das mit der Sah — das Kartoffelmehl — zurückbleibt. Dies wiederholt man etwa drei- bis viermal am Tage, bis der Sah ganz klar und weiß ist. Das zu verwendende Kartoffelmehl läßt man auf einer flachen Schüssel, am besten in der Sonne, trocknen. Die Schüssel mit Wasser gefüllt, bis sie fast voll ist, wird mit Wasser einmal aufgeköchelt und auf einen Durchschlag getan. Wenn das Wasser abgekocht ist, wird die Masse in eine Schüssel getan, mit ungefähr der gleichen Menge Mehl sowie mit Backpulver (auf 5 Pfund Mehl etwa ein Pfund Backpulver) und etwas Salz durchgemischt, bis es ein glänzendes, feines Mehl entsteht. Bei zu einem Brot geformt mit einem Mehl bebacken wird.

Im Interesse der Mitglieder von Berufsvereinigungen wird daran erinnert, daß die nach § 750 der Reichsverfassung vorgeschriebene vorgeschriebene Lohnnachzahlung, für das Jahr 1917 jetzt an die Berufsvereinigungen einzurufen sind. Für diejenigen Herren Betriebsunternehmer, welche mit der rechtzeitigen Einfindung der Lohnzahlung im Rückstand sind, oder deren Angabe überhaupt unterlassen, erfolgt die Aufstellung der Löhne durch den Gewerkschaftsvorstand und ist nach § 758 Absatz 3 der Reichsverfassung eine Restzahlung hieran sowohl, als auch gegen die Höhe des darnach berechneten Lohnüberschusses anzuführen. Für alle Herren, die den von der Reichsverfassung vorgeschriebenen Lohn nachzahlung an die zuständigen Berufsvereinigungen nicht länger zu können.

Landwirtschaftliches.

Der Agrarwissenschaftler für die und Seite in Berlin schlägt auch in diesem Jahre Anbauverträge für Sommerfrüchte und gewährt für jeden anzubauenden Bektar ein Flächenzulage von 100 Mk. Die Mindestrenten, die auf einem Bektar erzielt werden müssen, um den Anspruch auf Zahlung der Flächenzulage als erworben gelten zu lassen, muß noch sein: bei Äpfeln 300 Mk., bei Weizen 300 Mk., bei Getreide 400 Mk., bei Getreide 400 Mk., für jede weiteren sollen 100 Mk., die vom Bektar der Gesamtfläche durchschnittlich erzielt werden, erfolgt eine weitere Zahlung von 33 Mk. für 100 Stk. Äpfeln und Weizen, 33 Mk. für 100 Stk. Getreide und Getreide, jedoch gelangt in keinem Fall eine höhere Flächenzulage als 200 Mk. für den Bektar zur Auszahlung. An Ammoniak vermittelt der A. A. den Bezug von 80 Stk für jeden Bektar, der auf Grund des Anbauvertrages angepflanzt wird. Das Ammoniak wird zu den zur Zeit der Bestellung gültigen Preisen berechnet. Die Zahlung der ersten 50 Mk. Flächenzulage erfolgt, wenn der Ortsvorsteher des Anbauers den guten Anfang der Saat bescheinigt hat. Geht die Saat überhaupt nicht auf, so erfolgt keine Zahlung der Flächenzulage. Die Zahlung



